

Frankfurter Rundschau / Berliner Zeitung, 25.01.2011, **Erschwerter Kampf gegen Nazi-Aufmärsche**, Bernhard Honnigfort,

<http://www.fr-online.de/politik/erschwerter-kampf-gegen-nazi-aufmaersche/-/1472596/6723978/-/index.html> /

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/politik/328199/328200.php>

Dresdens Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) ist einigermaßen optimistisch: „Ich hoffe, dass wir wie im Vorjahr 15.000 Teilnehmer erreichen.“ 2010 war es der Stadt am 13. Februar, dem Gedenktag der Bombardierung, erstmals gelungen, den jährlichen Neonaziaufmarsch aus Deutschland und halb Europa zu stoppen und ein deutliches Zeichen dagegen zu setzen. Während die Oberbürgermeisterin mit etwa 12.000 bis 15.000 anderen eine Menschenkette durch die Altstadt formte, blockierten Tausende meist Auswärtige aus der eher linken Szene den Neustädter Bahnhof, von wo aus etwa 6000 Neonazis zu einem Marsch durch die Stadt aufbrechen wollten. Die Polizei schritt nicht ein und räumte keine Gegendemonstranten. Die Rechten saßen fest, reisten Stunden später unverrichteter Dinge ab und schworen Rache.

Ein Marsch der Neonazis soll auch dieses Jahr verhindert werden, doch diesmal wird es anders. Die Neonaziszene hat gelernt: Sie will zweimal anrücken. Am Sonntag, den 13. Februar, wollen sie Kundgebungen, angeblich in den Plattenbauvierteln Gorbitz und Prohlis, abhalten, wo sich die rechte Szene offenbar mehr Zuspruch erhofft als in anderen Teilen der sächsischen Landeshauptstadt. Am Samstag darauf ist angeblich ein Fackelmarsch geplant. Aber gewiss sei das alles noch nicht, heißt es im Rathaus. Die Pläne änderten sich dauernd.

Klar ist wohl nur, es werden wieder Tausende kommen. Und klar ist auch: Es wird wieder ähnlich große Gegendemonstrationen geben. Seit Wochen mobilisieren Gewerkschaften, SPD, Grüne, Linke und antifaschistische Gruppen bundesweit gegen das Dresdner Neonazitreffen.

"Sittliche Motive"

Währenddessen müssen Teilnehmer der Gegendemos aus dem vergangenen Jahr mit Ärger durch den Staatsanwalt rechnen: Gegen vier Politiker der Linkspartei soll Anklage erhoben werden. Es sind Bodo Ramelow, Fraktionschef im Erfurter Landtag, die beiden hessischen Fraktionsvorsitzenden Willy van Oyen und Janine Wissler sowie André Hahn, Fraktionschef der Linken in Sachsen. Kurz vor Weihnachten bekam er Post von der Dresdner Staatsanwaltschaft, sie werde Anklage erheben und die Aufhebung seiner Abgeordnetenimmunität beantragen. Hahn und den anderen wird vorgeworfen, zum Verstoß gegen das Recht der Versammlungsfreiheit aufgerufen zu haben. Am 3. Februar wird der Immunitätsausschuss des Dresdner Landtags über Hahn entscheiden.

Hahn und die Linken nennen die drohende Anklage absurd, zumal ihnen selbst aus Justizkreisen „sittliche Motive“ unterstellt werden. Gegen etwa 15 andere Linke, die ebenfalls mit Hahn und den anderen protestierten, sind die Verfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt worden.

Es ist ein echtes Dilemma: Die Menschenkette mit Oberbürgermeisterin Orosz ergab vergangenes Jahr zwar prächtige Fernsehbilder, die Zahl der Dresdner, die daran teilnahmen, nötigte Respekt ab. Aber den Neonazimarsch durch Dresden verhinderten nicht sie, sondern die Sitzblockierer vom Neustädter Bahnhof. Einige bekommen jetzt die Rechnung präsentiert.

Ob dieses Jahr Sitzblockaden erfolgreich sein werden, ist völlig ungewiss. Denn vergangene Woche entschied das Dresdner Verwaltungsgericht, die Polizei hätte 2010 räumen und den Neonazis den Weg freimachen müssen. Kläger war die „Junge Landsmannschaft Ostdeutschland“, die im vergangenen Jahr den „Trauermarsch“ beantragt hatte.

Nicht nur die Gegendemonstranten sind bitter enttäuscht über das Urteil. Auch die Polizei. Sie sieht sich in einer verzwickten Lage, weil sie das Recht der Neonazis auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit schützen muss. Notfalls, indem sie blockierende Nazigegner wegträgt. „Die Polizei steht zwischen Baum und Borke“, kommentiert Bernhard Witthaupt von der Gewerkschaft der Polizei den Dresdner Richterspruch. Und: Es täte ihm in der Seele weh, wenn die Polizei Neonazi-Demonstrationen zukünftig „mit allen Mitteln“ schützen müsse.

Deutschland Total, 25.01.2011, **Naziaufmarsch in Dresden muss auch dieses Jahr verhindert werden**, -, http://www.dtoday.de/regionen/lokal-nachrichten_artikel,-Naziaufmarsch-in-Dresden-muss-auch-dieses-Jahr-verhindert-werden-_arid,35219.html

Südkreis - Bereits am 17. Januar startete auch im südlichen Wartburgkreis die Aktion „Dresden Nazifrei“. Der Landtagsabgeordnete Kuschel /MdL (DIE LINKE.) hing dazu das erste Plakat in Bad Salzungen auf. Bereits im vergangenen Jahr war es einem Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften und Antifa-Gruppen gelungen, Dresden frei von Nazis zu halten.

„Das muss auch dieses Jahr gelingen“, so der Linkspolitiker. „Wir müssen uns gemeinsam gegen Rechtsextremismus stellen. Langfristige Erfolge können nur dort erreicht werden, wo offen über das Problem rassistischer und rechtsextremer Einstellungen gesprochen wird“, ist sich Kuschel sicher. Der Kreisverband DIE LINKE.Wartburgkreis–Eisenach wird am 19. Februar von Salzungen aus einen Bus nach Dresden starten. Wer Interesse hat, sich mit dem Abgeordneten den Nazis in den Weg zu stellen, kann sich in seinem Abgeordnetenbüro in der Kurhausstraße 6, Bad Salzungen oder unter 03695-604724 melden.

Märkische Allgemeine, 25.01.2011, **Erkenntnisse zum Nazi-Aufmarsch**, Alexander Engels, <http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/11997848/61939/Erkenntnisse-zum-Nazi-Aufmarsch-Ermittler-abgeschuetzelt-RECHTSEXTREMISMUS.html>

JÜTERBOG - Das sogenannte Heldengedenken von Neonazis am 19. November auf dem Jüterboger Garnisonfriedhof hätte schon von Polizei und Verfassungsschutz verhindert werden können. Das geht aus einem Schreiben des brandenburgischen Innenministeriums an den Innenausschuss hervor.

Demnach hatte der Verfassungsschutz Kenntnis davon, „dass im November mehrere dezentrale ‚Heldengedenkfeiern‘ abgehalten werden sollten“. Eine für Guben geplante Veranstaltung konnte verhindert werden. „Die Veranstaltung in Jüterbog dagegen wurde von den beteiligten Aktivisten aus Lübben und Lübbenau fast vollkommen verdeckt vorbereitet“, heißt es.

Die Verfassungsschützer hatten Neonazis im Visier, die sich am Totensonntag in Cottbus trafen, und informierten die örtliche Polizei. Doch die Verfolgung scheiterte kläglich. Denn die Aufmarsch-Teilnehmer hängten die Polizei durch eine „konspirative Fahrweise (sogenanntes Schütteln)“ ab. Übersetzt heißt der Kriminalistenjargon, dass die Verfolgten durch häufige Geschwindigkeitswechsel sowie Abbiege- und Wendemanöver sich der Polizei entledigen konnten. Erst durch einen Zeugenhinweis wurde der Aufmarsch auf der Jüterboger Kriegsgräberstätte bemerkt. Die Polizei stellte die Identität von 67 Teilnehmern fest. Sie kamen aus Cottbus und Potsdam, den Kreisen Spree-Neiße und Dahme-Spree sowie aus Sachsen.

Die Ermittler sehen es als Erfolg an, dass man „den Aktivisten deutlich gemacht hat, dass ihren gesetzeswidrigen und verfassungsfeindlichen Aktivitäten Grenzen gesetzt sind“. Zu strafrechtlichen Konsequenzen gibt es keine Aussage. Zuletzt ermittelte die Polizei zum möglichen Verstoß gegen das Gräberstätten-Versammlungsgesetz.

Handlungsbedarf sieht Danny Eichelbaum, CDU-Abgeordneter im Innenausschuss. „Ich bin erschrocken, dass die Neonazis der Polizei offenbar technisch überlegen waren“, sagt er. So haben sie wahrscheinlich eine Handy-Ortung vermeiden können. „Auch im Kreis Teltow-Fläming sollten wir uns zusammensetzen. Denn die rechtsextremen Kräfte werden in der Region leider zunehmend stärker“, so Eichelbaum weiter.

Die Linkspartei ruft zum Protest gegen Rechtsextremismus auf. Sie stellt einen Bus bereit, der zu einer Aktion gegen einen Dresdner Naziaufmarsch am 19. Februar fährt.

Anmeldung für den Demo-Bus per E-Mail an info@dielinke-potsdam.de.